



Niederschrift

59. Plenarsitzung des Gemeinderates
11. Dezember 2018, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

27.

Punkt 27 der Tagesordnung: Änderung der „Grundsätze für die Förderung von Bürgerzentren in Stadtteilen“

Interfraktioneller Antrag: GRÜNE, KULT

Vorlage: 2018/0828

Ergänzungsantrag: SPD

Vorlage: 2018/0870

Beschluss:

Erledigt mit der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 27 und den Ergänzungsantrag zur Behandlung auf.

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Durch das derzeit entstehende neue Bürgerzentrum in Mühlburg ist deutlich geworden, dass die bisherigen Grundsätze für die Förderung von Bürgerzentren in Stadtteilen an einem entscheidenden Punkt nachgebessert werden sollten. Das Bürgerzentrum Mühlburg kann nur funktionieren, wenn es eine Erstausrüstung mit Möbeln sowie Material für Präsentation und Moderation erhält. Die notwendigen Mittel können allein von dem Verein nicht aufgebracht werden, und dass die Grundsätze diese Bezuschussung nicht vorgesehen haben, wurde von uns allen erst in diesem konkreten Fall bewusst. Eine Gleichbehandlung der Bürgerzentren ist uns wichtig, daher haben wir sofort die Änderung der Grundsätze beantragt und freuen uns, dass die Verwaltung so schnell reagiert, dass wir das Ganze im Januar schon beschließen könnten. Die Mittel für die geschätzten 10.000 Euro sollen über das Budget der Bürgerzentren abgedeckt werden, uns liegen keine aktuellen Zahlen für die Beanspruchung des Budgets vor. Wir bitten um eine schriftliche Auskunft, inwiefern das Budget jährlich bisher ausgeschöpft wurde, ob diese 10.000 Euro Puffer überhaupt vorhanden sind. Der Zusatzantrag der SPD macht jetzt ein Fass auf, und fordert weitgehende Überarbeitung. Was sich genau dahinter verbirgt, er-

schließt sich uns nicht, es bedarf weiterer Maßnahmen zur Optimierung der bisherigen Fördergrundsätze, so heißt es. Sehr aufschlussreich finden wir das nicht, und wir sehen das Problem, dass das eine längere Geschichte werden könnte. Das würden wir sehr gerne vermeiden und haben deswegen gemeinsam mit KULT gleich den Antrag gestellt, um eine Gleichbehandlung aller Bürgerzentren so schnell wie möglich sicherzustellen. Vielleicht erfahren wir mehr, dann würde ich mich noch mal zu Wort melden. Ansonsten würden wir hier auch in diesem Fall, mit der Antwort der Verwaltung zufrieden sein, und alles andere ein anderes Mal machen.

Stadträtin Wiedemann (CDU): Es geht hier um diesen Antrag, er war ein bisschen vor-schnell. Wir haben die Verwaltung gebeten, hier ein Konzept zu entwickeln, wie sich das mit den Bürgervereinen, Bürgergemeinschaften und diesen Bürgerzentren weiterhin entwickeln soll. Uns wurde von der Verwaltung mitgeteilt, dass uns im Januar ein Konzept vorgestellt werden sollte. Wir finden es nicht gut, wenn hier ein Topf eingestellt wird, der dann abgerufen wird, lassen wir es doch einfach so, wie wir es bisher gehandhabt haben. Wenn ein Bürgerverein oder eine Bürgergemeinschaft umzieht und eine neue Ausstattung braucht, dann kann das über den Gemeinderat beantragt werden, oder diese Bürgervereine oder Bürgerzentren wenden sich direkt an die Verwaltung. Ansonsten sind wir mit der Antwort der Verwaltung zufrieden und ich denke, der Antrag der SPD hat sich eigentlich erledigt, weil dieses Konzept erst erstellt werden soll.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Jeder der mal einen Antrag für ein Bürgerzentrum oder den Betrieb eines Bürgerzentrums gestellt hat, das Ganze in einem Ehrenamt, hat eine Vorstellung davon, wie viel Aufwand das ist. Jeder der sich in einem Bürgerzentrum engagiert, weiß wie viel ehrenamtliches Engagement von den Frauen und Männern vor Ort geleistet wird. Wir haben uns mal im Zusammenhang mit ISEK auf die Fahne geschrieben, dass die Bürgerzentren gefördert werden sollen. Wir haben einen ersten Schritt gemacht, wir haben dieses Konzept auf den Weg gebracht, in der Praxis hat sich aber auch gezeigt, dass in vielen Fällen die Betreiber an Grenzen stoßen. Insbesondere die Betreiber, die das ehrenamtlich machen. Aus dem Grund haben wir den Ergänzungsantrag gestellt. Es braucht aus unserer Sicht ein Mehr an Unterstützung. Es gibt einiges an Unterstützung vom Büro für Mitwirkung und Engagement, an der Stelle auch vielen Dank dafür. Aber wie die Praxis zeigt, es reicht nicht. Es geht um grundsätzliche Dinge, zum Beispiel Mustermietverträge. Es gibt immer wieder Diskussionen, dass von den Betreibern der Bürgerzentren die Strukturen nicht dargestellt werden können. Ein anderes Thema ist das Quartiersmanagement, da wäre möglicherweise ein Zusammengehen dieser verschiedenen Anliegen und Ansätze möglich, und es braucht auch hier eine grundlegende Überarbeitung dieser Grundsätze zur Förderung von Bürgerzentren. Es ist letztlich die Frage, es kommt zum Schwur, wollen wir Bürgerzentren oder wollen wir sie nicht. Der Ansatz von GRÜNE und KULT sattelt auf die letzte Haushaltsberatung auf. Es ist sicherlich eine Unterstützung für die Erstausrüstung, mehr Geld zur Verfügung zu stellen. An der Stelle möchte ich ergänzend darauf hinweisen, dass aus diesem Topf nicht die 8.000 Euro genommen werden sollen, die im Haushalt für das Bürgerzentrum separat zugesichert wurden. Wir wünschen uns, dass zusammen mit der AKB und den anderen Betreibern der Bürgerzentren hier an einem runden Tisch, im Rahmen der Kooperationsgespräche vertieft darüber gesprochen wird. Ich sehe die Zukunft der Bürgerzentren nur dann gesichert, wenn hier ein Mehr an Geldern kommt, und da lade ich wirklich jede und jeden im Gremium ein, sich unmittelbar vor Ort ein Bild zu machen, es bedarf einfach ein Mehr an Geldern.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortbeiträge, der Antrag ist als erledigt betrachtet worden. Den Ergänzungsantrag würde ich dann gerne in die Gespräche mit der AKB mit reinpacken, die ohnehin mindestens einmal jährlich stattfinden. Ich finde, da sollten wir Rückmeldungen sammeln und müssten dann gegebenenfalls darüber nachdenken, wo und wann wir dann diese Konzeption verändern, natürlich in Abstimmung mit Ihnen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
8. Januar 2019